

hen um die Kommunikabilität christlicher Grundhaltungen und Normen, um Sicherung der gemeinsamen ethischen Fundamente einer pluralistischen Gesellschaft; Hand in Hand damit geht das Insistieren auf der Unverzichtbarkeit ethischer Rationalität, wie sie sich vor allem in der je neu zu leistenden Güterabwägung niederschlägt. Auf der anderen Seite steht die Sorge um das *Unterscheidend Christliche* des Ethos im Vordergrund, die Furcht, vor lauter Güterabwägung und praktischer Vernunft die radikalen Forderungen des Evangeliums letztlich aus den Augen zu verlieren und nicht mehr wirklich ernst zu nehmen. Lohfinks Konzeption der christlichen Gemeinde als klar abgehobener Alternativgruppe ist nur eine der Spielarten, in denen sich diese Haltung konkretisieren kann, allerdings eine besonders faszinierende. Der damit aufgeworfene und noch längst nicht ausgestan-

dene Grundlagenstreit über die Gestalt einer erneuerten christlichen Ethik lenkt den Blick in jedem Fall auf die ethischen Weichenstellungen im Neuen Testament zurück. Er läßt sich aber, soviel wurde in Luzern klar, keinesfalls von der neutestamentlichen Exegese und Theologie her entscheiden, sondern betrifft die Kirche als ganze. Die Exegeten haben allerdings die unverzichtbare Aufgabe, die konkreten Normbildungsprozesse in den biblischen Schriften sorgfältig zu analysieren und sie als Modelle in das theologische Gespräch einzubringen, ohne sich durch systematische Vorentscheidungen vorschnell den Blick verstellen zu lassen, ohne sich aber auch gegenüber den Fragen abzuschotten, die sich von den anderen theologischen Disziplinen und aus dem konkreten kirchlichen und gesellschaftlichen Lebensvollzug ergeben.

Ulrich Rub

Kurzinformationen

Unter dem Titel „Angst überwinden – zur Nachbarschaft finden“ fand am 24. März in Frankfurt ein erstes gemeinsames Symposium von Vertretern beider großer Kirchen und der Gewerkschaften zur Ausländerpolitik statt. Die Teilnehmer der Konferenz, die gemeinsam von der Akademie der Arbeit des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), der Evangelischen Akademie Arnoldshain und der katholischen Rabanus-Maurus-Akademie veranstaltet wurde, warnten die Bundesregierung, das *Ausländerrecht* zu verschärfen. Man zeigte sich erleichtert darüber, daß eine Beschränkung des Zuzugalters für Kinder von Ausländern zumindest vorerst nicht Gegenstand der Koalitionsvereinbarungen sei. Auch *Liselotte Funcke* (FDP), die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, begrüßte es, daß die „menschenrechtswidrige Forderung“ des Bundesinnenministers „vom Tisch“ sei. Man beklagte, daß Initiativen zum Ausländerstop, teilweise mit Hilfe nationalsozialistischer Gedankengutes, das Klima zwischen der deutschen und der ausländischen Bevölkerung schwer belasteten. In einem gemeinsamen Thesenpapier werden die Krisenerscheinungen in der Wirtschaft und die Massenarbeitslosigkeit als *Ursachen zunehmender Ausländerfeindlichkeit* genannt. Man versuche, den Ausländern als Sündenböcken die Schuld an dieser Entwicklung zuzuweisen. Das Verhältnis von Deutschen und Ausländern müsse entkrampft werden. Vorbehalte in diesem Bereich seien in erster Linie emotionsbedingt. *Siegfried Bleicher*, Vorstandsmitglied des DGB, warnte davor, daß ein „Kampf jeder gegen jeden“ um Arbeitsplätze, Wohnung, Ausbildungsplatz und Sozialleistungen tiefe Gräben aufreißen könne zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen. Angesichts einer solchen Entwicklung rücke eine solidarische Gesellschaft in ferne Zukunft. *Helmut Hild*, Kirchenpräsident der hessen-nassauischen evangelischen Kirche und stellvertretender Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland, sprach sich gegen neue Restriktionen für Ausländer aus. Die Erteilung von Aufenthaltsberechtigung und Einbürgerung müsse erleichtert und politische Mitgestaltungsmöglichkeiten gewährt werden. Der Kölner Weihbischof *Klaus Dick*, seit kurzem Nachfolger des Osnabrücker Bischofs *Hermann Wittler* als Sprecher für Ausländerfragen der Deutschen Bischofskonferenz, sagte, aus der Menschenwürde ergäben sich Ansprüche, die sich nicht in soziale und wirtschaftliche Kompromisse einbinden ließen. Zur Durchsetzung

dieser Ansprüche werde die *Anwaltsfunktion der Kirche* gerade durch die Muslime auf eine Probe gestellt. Dick kritisierte in dem Zusammenhang, daß es sich eingebürgert habe, von der „deutschen Kirche“ zu sprechen. Zur „Kirche in Deutschland“ gehörten jedoch nicht nur Deutsche, sondern alle Katholiken, die im Lande leben, unabhängig von ihrer Herkunft und der Dauer ihres Aufenthaltes.

Die Evangelische Kirche in Deutschland hat ihre Statistik über das kirchliche Leben im Jahr 1981 vorgelegt. Demnach gehörten den Gliedkirchen der EKD Ende 1981 25,9 Mio Kirchenmitglieder an. Die Zahl der Kirchenaustritte im Berichtsjahr belief sich auf 116 022, das entspricht 0,4% der Kirchenmitglieder. Damit gingen die Kirchenaustritte im Vergleich zum Vorjahr leicht zurück. Etwas angestiegen ist die Zahl der Aufnahmen, Übertritte und Wiederaufnahmen: sie belief sich 1981 auf 31 584. Aus der Statistik geht hervor, daß nach wie vor fast alle Kinder evangelischer Eltern getauft werden; der Anteil der Spättaufen (zwischen dem vollendeten ersten und dem 14. Lebensjahr) betrug 12,1%, in Berlin und Bremen 35,3% bzw. 27,2%. Auf 100 Geburten von Kindern aus evangelisch-katholischen Ehen entfielen 1981 50 Taufen in evangelischen Kirchen. Konfirmiert wurden rund 95% der in Frage kommenden Jugendlichen. Bei den Trauungen ergibt sich folgendes Bild: Von 100 evangelischen Paaren wurden 69 in einer evangelischen Kirche getraut, wobei die Unterschiede zwischen den einzelnen Landeskirchen beträchtlich sind. So betrug der Prozentsatz kirchlicher Trauungen in Württemberg 78% und in Bayern 77%, in Berlin dagegen nur 34%. Wie schon in den vergangenen Jahren ließen sich auch 1981 etwa ein Drittel der evangelisch-katholischen Paare von einem evangelischen Pfarrer trauen. Der Gottesdienstbesuch lag im Durchschnitt aller EKDLandeskirchen bei 5,4%; damit hat sich der Prozentsatz der Gottesdienstbesucher in den letzten Jahren kaum verändert. Den niedrigsten Prozentsatz verzeichnete 1981 Berlin (2,2%), den höchsten Württemberg (9,3%). Am Heiligen Abend besuchten 25,7% der Kirchenmitglieder einen Gottesdienst. Weiter angestiegen ist die Zahl der Abendmahlsteilnehmer. In den 10 661 Kirchengemeinden in der EKD bestanden 1981 etwa 122 000 ständige Gesprächs- und Arbeitskreise (wozu neben Bibel- und

Ehekreisen allerdings auch die Kirchen- und Posaunenchöre gehören) mit rund 2,2 Millionen Teilnehmern, wobei die größten Anteile an der Gesamtzahl auf Kinder- und Jugendkreise, Altkreise und Frauen- und Mütterkreise entfallen. Das Gesamtaufkommen der Spender für „Brot für die Welt“ betrug im Berichtsjahr 76,1 Millionen DM.

Bei ihren Frühjahrstagungen beschäftigten sich die Synoden mehrerer evangelischer Landeskirchen in der DDR wiederum mit den Aufgaben und Schwierigkeiten kirchlicher Friedensarbeit. So stellte die Synode der mecklenburgischen Landeskirche fest: „Herausgefordert durch die derzeitige militärpolitische Situation entnehmen wir der biblischen Botschaft entscheidende Impulse zur Mitarbeit an einer politischen Friedensordnung. Dazu gehören der Gewaltverzicht und die Ächtung von Massenvernichtungsmitteln aller Art.“ Die Glaubwürdigkeit der Friedenspolitik der DDR werde durch belastende Methoden der Werbung Jugendlicher als Soldat auf Zeit und für die Offizierslaufbahn, die systematische Verbreitung militärischer Gedanken unter Kindern und Jugendlichen sowie durch verschiedene Zivilverteidigungsmaßnahmen in Frage gestellt. Die Synode nehme „besorgt zur Kenntnis, daß junge Männer unseres Landes durch Militärgerichte zu Freiheitsstrafen verurteilt wurden, weil sie den Dienst in den bewaffneten Organen der NVA ablehnten“. Auch die sächsische Landessynode forderte die Regierung der DDR auf, Demonstrationen militärischer Macht zu unterlassen, Schritte zu einem Abbau des Militärischen in Bildung und Erziehung zu unternehmen, das Engagement der Menschen zu respektieren, die sich „eigenständig um den Frieden bemühen“ sowie auf Druck bei der Werbung für militärische Berufe zu verzichten. Auf der Synode der Kirche des Görlitzer Kirchengebietes wurde bedauert, daß das seit langem erbetene Gespräch mit Vertretern aus dem Bereich Volksbildung über Fragen der Gleichachtung und Gleichberechtigung von Christen in der Schule bisher nicht möglich gewesen sei. Die Kirchenleitung der Ostregion der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg bekräftigte in ihrem Bericht vor der Synode ihren Willen, auch weiterhin Wehrdienstverweigerer zu unterstützen und für die Freiheit ihrer Gewissensentscheidung einzutreten. Die Kirchenleitung forderte die Christen in der DDR zu verstärktem Friedensengagement und zum Gebet für alle auf, „die um ihres Friedenszeugnisses willen leiden müssen“. In dem Bericht hieß es, die Friedensfrage sei eine Herausforderung zu aktuellem Bekennen; die pazifistische Entscheidung wurde als das „deutlichere Zeichen für den Frieden“ bezeichnet.

Nicht nur der bevorstehende Österreichische Katholikentag, sondern auch das neue Kirchenrecht, das außerordentliche Heilige Jahr und die Vorbereitung auf die römische Bischofssynode standen auf der Tagesordnung der heurigen Frühjahrskonferenz der österreichischen Bischöfe vom 21. bis 24. März in Wien. Wegen der den Ortskirchen nun zukommenden größeren Eigenverantwortlichkeit werden bis zum Sommer drei Kommissionen neue Richtlinien unter anderem für die Priesterausbildung, für die Ausbildung der Diakone und Laien im kirchlichen Dienst vorbereiten, ebenso über Pfarrbesetzungen, über ökumenische Fragen und über Lehrfragen. In einer außerordentlichen Tagung wird die Österreichische Bischofskonferenz noch vor dem Sommer über diese Vorschläge entscheiden. Zur Feier des Heiligen Jahres haben die Bischöfe Österreichs Katholiken zu intensiver persönlicher Vorbereitung – insbesondere auch im Hinblick auf die Feier des Katholikentages und den Papstbesuch – aufgerufen und zur Versöhnung miteinander und mit Gott durch den Emp-

fang des Bußsakramentes aufgefordert. An der ebenfalls dem Thema „Versöhnung und Buße“ gewidmeten römischen Bischofssynode wird als Vertreter der österreichischen Bischöfe der Innsbrucker Diözesanbischof Reinhold Stecher teilnehmen. In der Diskussion um den Umgang der Kirche mit Schuld und Buße sollen insbesondere die Begriffe „Sünde“ und „schwere Sünde“ neu geklärt werden, außerdem sollten – so die Meinung der Bischofskonferenz – gegenüber einer Überbetonung juridischer Aspekte wieder religiöse und pastorale Gesichtspunkte beim Bußsakrament in den Vordergrund treten. Zum Teil selbst in die Vorbereitungen zum Österreichischen Katholikentag bzw. zum anschließenden Besuch des Papstes in Wien und Mariazell stark einbezogen haben Österreichs Bischöfe bei dieser Frühjahrskonferenz das Programm der Begegnungen mit den Vertretern der anderen christlichen Kirchen, mit den Alten und Kranken, mit den Arbeitern, Wissenschaftlern und Künstlern, mit den Priestern, Ordensleuten und Laien sowie den Vertretern des Staates festgelegt. Zu den in Österreich für den 24. April anberaumten Nationalratswahlen haben die Bischöfe – so Pressesprecher Weihbischof Helmut Krätzl (Wien) bewußt keine „Wahlerklärung“ abgegeben, um damit – wie auch schon bei früheren Wahlgängen – die persönliche Verantwortung der Katholiken im politischen Bereich zu respektieren. So „unterstreicht die Bischofskonferenz auch nicht in besonderer Weise diese oder jene Stellungnahme von katholischen oder anderen Verbänden, weil sie es für wichtig hält, daß diese Verbände in Eigenständigkeit ihre Meinung sagen und Menschen zum Denken anregen“. Hingegen verabschiedeten die Bischöfe einen Friedensappell, der aber erst mit Datum vom 14. April veröffentlicht wurde (Wortlaut in Kathpress, 14. 4. 83). Der sehr knappe Text (47 Zeilen) beschränkt sich aber auf die Aufforderung an alle Staatsmänner „endlich (zu) begreifen“, daß „Krieg nicht mehr als Mittel zur Erreichung politischer Ziele gelten“ könne und auf die Verwerfung aller Massenvernichtungsmittel – atomarer, bakteriologischer und chemischer. Zur im Wahlkampf aktualisierten Fristenlösungsdiskussion betonte Weihbischof Krätzl, daß die Zahl der Abtreibungen nach wie vor eine große Sorge der Kirche sei, und daß er aber eine positive Entwicklung insoweit zu sehen glaube, als sich ein Klima größerer Menschen- und Lebensfreundlichkeit unter anderem in jenen Bewegungen dokumentiere, die sich den Natur- und Umweltschutz und die Ehrfurcht vor dem Leben überhaupt zum Ziel gesetzt hätten.

Im Zuge einer in mehreren Städten der Tschechoslowakei durchgeführten Polizeiaktion wurden 20 Angehörige des Franziskanerordens aus der tschechischen und der slowakischen Provinz verhaftet. 15 Patres wurden wieder freigelassen, 5 sind weiter in Haft. Bei den noch in Haft befindlichen Ordensleuten handelt es sich um den tschechischen Provinzoberen, František Kubicek, um die beiden wie Kubicek im Bereich von Prag wirkenden Patres Aloys Moc und Georg Tuma sowie um die Patres František Pometto und Georg Mazanec aus Pilsen. Die Festnahmen in der Slowakei konzentrierten sich auf Preßburg und Rožtoky. Im Mittelpunkt des Interesses der Behörden scheint dabei vor allem ein Haus in Rožtoky gewesen zu sein, in dem sich eine nach dem Verständnis der slowakischen Behörden nichtlegale Ausbildungsstätte befindet. Aus den beiden slowakischen Städten wurden in den Tagen nach Ostern auch Einzelheiten der Aktion bekannt. In beiden Ordenshäusern begann die Aktion am frühen Morgen des Palmsonntags mit intensiven Hausdurchsuchungen, für die die ausführenden Beamten aber keine Vollmacht der Staatsanwaltschaft vorweisen konnten. Beschlagnahmt wurden Geld, Bücher und maschinengeschriebene Manuskripte. Besonders interessiert hätten

sich die Beamten für Literatur über den Orden. Die Durchsuchungen hätten insgesamt über sieben Stunden gedauert. Die Fragen bei den Verhören zielten vor allem auf die Struktur des Franziskanerordens und auf die Priesterausbildungs- und Seelsorgeaktivitäten des Ordens vor allem unter jungen Leuten. Weitere Punkte der Verhöre waren die Besitzverhältnisse und Fragen nach Namen von Personen, die Informationen über die Lage der Kirche in der Tschechoslowakei herausgeben. Daß die Polizeiaktion von langer Hand vorbereitet wurde, war am konzertierten Vorgehen der Behörden zu erkennen. Sie ist wohl nur als Teil der in letzter Zeit besonders intensivierten Aktivitäten des Staatsschutzes und der Polizei gegen nicht von den Behörden ausdrücklich genehmigte Versuche „religiöser Selbsthilfe“ von Priestern und Gläubigen zu sehen. Daß staatlicherseits durch solche Maßnahmen das Verhältnis zur Kirche absichtlich belastet wird, weil der Staat gegenwärtig am Zustandekommen eines „modus vivendi“ kein Interesse hat, darf vermutet werden, zumal sich der Vatikan und auch die führenden Bischöfe in der Frage der *Friedenspriester*, die zu einem Instrument der Reglementierung der Kirche geworden sind, standhaft zeigen.

Vom 11. bis 15. April fand in Rom die einundzwanzigste Vollversammlung der Italienischen Bischofskonferenz statt. In seiner Eröffnungsansprache beschäftigte sich der Vorsitzende der Bischofskonferenz, der Erzbischof von Turin, Kardinal *Anastasio Ballestrero*, vor allem mit den Krisenerscheinungen in der italienischen Gesellschaft und mit dem Beitrag, den die Kirche zu ihrer Überwindung leisten könne. Die Bischöfe befaßten sich bei ihren Beratungen unter anderem mit dem bevorstehenden Nationalen Eucharistischen Kongreß in Mailand, an dem auch Johannes Paul II. teilnehmen wird, und mit dem Thema der Bischofssynode im Herbst. Es wurde beschlossen, Ende 1984 oder im Frühjahr 1985 wieder einen großen *Kongreß der italienischen Kirche* abzuhalten, an dem Delegierte aller Diözesen sowie der kirchlichen Vereinigungen teilnehmen sollen. Er wird unter dem Thema „Christliche Versöhnung und menschliche Gemeinschaft“ stehen. Ein erster Kongreß dieser Art hatte 1976 in Rom stattgefunden (vgl. HK, Dezember 1976, 637). Außerdem beschlossen die Bischöfe gemäß einem vom Ständigen Rat ausgearbeiteten Projekt eine „*Stiftung für das Leben*“ zu gründen, die ihren Sitz in Mailand haben wird. Zum Abschluß der Vollversammlung verabschiedeten die Bischöfe eine *Botschaft an alle Gläubigen*. Sie geht auf den *Friedensauftrag der Kirche* ein. Dabei warnen die Bischöfe vor einem einseitigen Pazifismus: Man solle sich nicht durch leichtfertige und oberflächliche Friedensvorschläge täuschen lassen, die in Wirklichkeit das Streben nach Vorherrschaft und Ausbeutung in sich bergen würden. Der Wert des Friedens beruhe auf den Grundlagen von Wahrheit, Gerechtigkeit, Liebe und Freiheit. Gleichzeitig betont der Text die Aufgabe der Christen, den Frieden verwirklichen zu helfen. Die Botschaft stellt außerdem fest, es gebe in Italien ein tiefes Bedürfnis nach Gemeinschaft angesichts einer fundamentalen Krise der ethischen Werte. Die Menschen seien unsicher darüber, wie der wirksame Weg zum Frieden aussehen könne. Der Beitrag der Kirche zur Überwindung der Krise bestehe mehr im *konkreten Zeugnis* als in Worten. Es gehe darum, in der Kirche Gemeinschaft zu leben, um dadurch zur glaubhaften und fruchtbaren Gegenwart von Gemeinschaft in der Gesellschaft zu werden.

Die Ökumenische Kommission der Französischen Bischofskonferenz hat eine Erklärung über „Eucharistische Gastfreundschaft mit den Christen der reformatorischen Kirchen in Frankreich“ veröf-

fentlicht. Es ist die erste offizielle Stellungnahme der französischen Bischöfe zur Frage der Interkommunion. Die am 14. März vom Ständigen Rat der Bischofskonferenz gebilligte Erklärung (vgl. den Text in: *La Documentation Catholique*, 3. 4. 1983) geht davon aus, daß in Frankreich immer häufiger eucharistische Gastfreundschaft zwischen Katholiken und Protestanten praktiziert werde. In einem ersten Teil nennt sie *vier Gründe*, warum nach katholischer Auffassung eucharistische Gastfreundschaft *generell nicht möglich* sei: Die Eucharistie sei das Mahl des Herrn, über das die Kirche nicht verfügen könne; eucharistische Gemeinschaft und Kirchengemeinschaft seien untrennbar miteinander verbunden; es bestünden nach wie vor gewichtige Glaubensdifferenzen zwischen Katholiken und Protestanten; die vermehrte Interkommunion könne den Anschein erwecken, als sei die Einheit der Kirche schon erreicht. Der zweite Teil der Erklärung umschreibt die *Ausnahmefälle*, in denen evangelische Christen zur katholischen Eucharistie zugelassen werden könnten: Wirkliches geistliches Bedürfnis, brüderliche und kontinuierliche Verbindung mit Katholiken (genannt werden konfessionsverschiedene Ehen und bestimmte ökumenische Gruppen); unzweifelhafter Glaube an die Realpräsenz und an die Verbindung zwischen Eucharistie- und Kirchengemeinschaft; aktives Engagement für die Einheit der Christen. Zum umgekehrten Fall, der Teilnahme von Katholiken am protestantischen Abendmahl hält die Erklärung fest, sie nehme die noch nicht erreichte Einigung über das Amt unzulässigerweise vorweg und entspreche nicht dem katholischen Verständnis von Kirchengemeinschaft. Die Tatsache, daß in Frankreich eine beträchtliche Zahl von Katholiken am protestantischen Abendmahl teilnahmen und daß diese eucharistische Gastfreundschaft als normal betrachtet werde, sei mit den geltenden kirchlichen Normen nicht zu vereinbaren. Es bestehe die Gefahr, daß die *wachsende Abendmahlsteilnahme von Katholiken* von den protestantischen Gemeinden als eine faktische Anerkennung der vollen Sakramentalität ihrer Gottesdienste verstanden werde. Die französischen Bischöfe machen sich den Passus des Würzburger Synodenbeschlusses zu eigen, in dem es heißt, daß es nicht ausgeschlossen werden könne, daß ein Katholik in seiner besonderen Lage Gründe zu erkennen glaube, die ihm seine Teilnahme am Abendmahl als innerlich notwendig erscheinen ließen.

In einem Osterhirtenbrief haben die katholischen Bischöfe von Simbabwe in scharfer Form wegen der Vorgänge im Matabeleland protestiert. Sie verurteilten darin nachdrücklich das Vorgehen von Teilen der Armee gegen die Zivilbevölkerung im Zusammenhang der Bekämpfung von Unruhen, die von Anhängern des von Ministerpräsident *Robert Mugabe* ausgetretenen und gegenwärtig im Exil in London lebenden Matabele-Führers und Oppositionspolitikers *Joshua Nkomo*, ausgelöst wurden. Die Bischöfe versichern darin, sie hätten unwiderlegbare Beweise, daß von der Armee „willkürliche Grausamkeiten und Brutalitäten“ begangen wurden und weiterhin begangen werden. Beim Vorgehen gegen Anhänger von Nkomo hätten die Regierungstruppen „die Verstümmelung und den Tod von Hunderten und Aberhunderten von Unschuldigen verursacht, die weder Regierungsgegner noch Komplizen von Regierungsgegnern sind“. Es habe zahlreiche willkürliche Morde an Zivilisten und Vergewaltigungen von Frauen gegeben. Namentlich prangerten die Bischöfe die Terrormethoden der von nordkoreanischen Beratern ausgebildeten „*fünften Brigade*“ an. Die Bischöfe beklagten weiter, daß zahlreiche Menschen im Matabeleland dem Hungertod ausgeliefert würden, weil die *Versorgung mit Nahrungsmitteln* absichtlich behindert werde. Sie kritisierten auch die Massenmedien Simbab-

wes, die bisher nichts zur Wahrheitsfindung über die willkürlichen Vorgänge beigetragen hätten. Die Bischöfe bestritten der Regierung nicht das Recht, bei Gefahr für den Staat auch Truppen im Innern des Landes als Ordnungsmacht einzusetzen, zeigten sich aber bestürzt über die angewandten Methoden, „die streng und gerecht sein sollten“, aber in Brutalitäten umgeschlagen hätten. Zur Verhinderung ähnlicher Vorgänge in Zukunft forderten sie die Einsetzung einer Untersuchungskommission und die Neuregelung der politisch-rechtlichen Kontrolle auf die von der Regierung eingesetzten Spezialeinheiten. Ministerpräsident Mugabe, der zunächst eine offizielle Untersuchung zusagte,

hat später alle Vorwürfe der Bischöfe zurückgewiesen, ihnen vorgeworfen, sie seien einseitig informiert, und sie bezichtigt, vor allem von ausländischen Informationsquellen sich abhängig gemacht zu haben. Er drohte indirekt nicht nur den katholischen Bischöfen, sondern allen Kirchen mit Maßnahmen der Regierung, wenn sie sich nicht auf die nationale Situation einzustellen verstünden. Bekannt ist, daß Mugabe seit längerer Zeit ein Einparteiensystem nach seinen sozialistischen Vorstellungen anstrebt, was zugleich eine Besiegelung der Vorherrschaft des Mehrheitsstammes der Shonas, dem Mugabe angehört, bedeuten würde.

Bücher

Initiation à la pratique de la théologie. Band I: Introduction, 526 S., Band II: Dogmatique, 1, 544 S. Editions du Cerf, Paris 1982. Beide Bände 198,- Ffrs.

In Frankreich hat dieses Gemeinschaftswerk von Theologen aus dem französischen Sprachraum, dessen erste beiden Bände vorliegen, starke Resonanz gefunden. In fünf Bänden wird eine Einführung in die gesamte Theologie geboten: Außer den bereits vorliegenden wird ein zweiter Band zur Dogmatik erscheinen, danach je ein Band zur Moraltheologie und zur Praktischen Theologie. Der erste Band enthält einleitend Essays, die unter Zuhilfenahme der Kategorien des Mythos und des Symbols und in Auseinandersetzung mit dem wissenschaftlichen und philosophischen Verständnis der Wirklichkeit den spezifischen Wirklichkeitsbezug des Glaubens herauszuarbeiten versuchen. Dem folgen Übersichtsbeiträge zu den großen theologischen Disziplinen sowie zum Pluralismus als Wesensmerkmal heutiger Theologie und zur Stellung der Theologie in der Kirche. Geboten wird außerdem ein Überblick über theologische Studien- und Weiterbildungsmöglichkeiten im frankophonen Sprachbereich (Frankreich, Wallonien, Westschweiz, Quebec) sowie eine praktische Einführung in das Bibliographieren. Im letzten Teil finden sich Beiträge über das Christentum aus der Sicht von Judentum, Islam und Buddhismus sowie zur marxistischen, psychoanalytischen und sprachanalytischen Religionskritik. Die Beiträge bewegen sich durchweg auf einem hohen gedanklichen und sprachlichen Niveau; teilweise tragen sie sehr deutlich die individuelle Handschrift der jeweiligen Autoren. Es geht ihnen durchweg um eine neue Verortung des „theologischen Diskurses“, sowohl im Blick auf die Geschichte des Glaubens wie auf die geistig-kulturellen Herausforderungen der Gegenwart. Das Bezugsfeld, in dem heute Theologie nur noch getrieben werden kann, tritt in seinen verschiedenen Facetten klar hervor, ohne daß dabei Anspruch und Geschichte des Glaubens vernachlässigt oder zurückgedrängt würden.

Interessante Perspektiven eröffnet auch der erste Band der Dogmatik, die heilsgeschichtlich angelegt ist. So steht am Anfang ein Kapitel über die Kategorien Bund und Offenbarung. Das Herzstück des Bandes ist die Christologie. Auf instruktive Durchblicke zur neutestamentlichen Christologie und zur Christologie der Väterzeit folgt ein Entwurf einer systematischen Christologie, der Beachtung verdient. Außerdem enthält der Band bibeltheologische und systematische Ausführungen zur Lehre vom Heiligen Geist. Aufs ganze gesehen bieten die beiden ersten Bände dieser „Initiation“ einen ausgezeichneten Einblick in die hierzulande kaum rezipierte französischsprachige Theologie der Gegenwart mit ihren eigenen methodischen Akzenten und ihrem geistig-kulturellen Umfeld. Sie vermitteln Gesichtspunkte und

Einsichten, die auch für das theologische Gespräch im deutschen Sprachraum anregend sein können. Eine vergleichbare Gesamtdarstellung, die der grundlegend veränderten Situation der Theologie so konsequent Rechnung tragen würde, gibt es auf deutscher Seite nicht.

U. R.

KARL FORSTER/GERHARD SCHMIDTCHEN, Glaube und Dritte Welt. Ergebnisse einer Repräsentativumfrage über weltkirchliche Aufgaben und die Motive deutscher Katholiken. Chr. Kaiser Verlag, München; Matthias-Grünwald-Verlag, Mainz, 1982. 192 S. 19,50 DM.

Die Ergebnisse einer von der Deutschen Bischofskonferenz und den kirchlichen Werken bei INFRATEST Sozialforschung München in Auftrag gegebenen Untersuchung legt der Züricher Sozialpsychologe Gerhard Schmidtchen vor. Der 1981 verstorbene Augsburger Pastoraltheologe Karl Forster verfaßte dazu einen Kommentar. Die Untersuchung beabsichtigt, etwas mehr Klarheit zu gewinnen bei der Kennzeichnung des Bündels von religiösen, theologischen, ethischen, gesellschaftlichen und politischen Motiven, die beim deutschen Katholiken eine Rolle spielen, wenn es um weltkirchliche Aufgaben wie Mission und Entwicklungshilfe geht.

Die Untersuchung fragt nach der persönlichen Einschätzung der Wichtigkeit der kirchlichen Arbeit in der Dritten Welt, nach verschiedenen, typologisch herausgearbeiteten Formen dieser Arbeit, zeigt verschiedene Denkstile und Orientierungsmuster deutscher Katholiken auf, belegt die Benutzung verschiedener Informationsquellen und den Bekanntheitsgrad kirchlicher Werke u. a. m. In der Motivationsstruktur werden Faktoren wie „weltpolitisches Interesse“, „Neigung zu Sozialreformen in unserer Gesellschaft“, „Kirchenbindung“, „parteiliche Orientierung“ und „Kritik an Konsumgesellschaft“ unterschieden. Schmidtchen: „Je ausgeprägter die moralische Kritik an der heutigen Gesellschaft in der Bundesrepublik, desto wichtiger erscheint die kirchliche Arbeit in der Dritten Welt, desto deutlicher das persönliche Engagement und desto wichtiger z. B. auch das andere moralische Anliegen: das Reichtumsgefälle zur Dritten Welt abzubauen.“ (48) Interessant dürfte sein zu sehen, wie sich das von Schmidtchen diagnostizierte Bewußtsein einer „neuen Moral“ (bestehend u. a. aus Indikatoren wie: einfacher und menschlicher leben, Kritik an Konsumgesellschaft, Gemeinschaftsgeist, Gefahr von Leistungsgesellschaft und Wettbewerb für menschliche Beziehungen) in die Bemühungen um die wirtschaftliche Entwicklung der kommenden Jahre einpaßt.

Was Schmidtchen hier als „neue Moral“ ausmacht, mußte im Grunde dem widersprechen, was zur Bekämpfung von Arbeitslo-